

SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXXI/80

28. April 1976

Leistungen für die Bundesrepublik

Der Bürger kann die SPD an ihrer Erfolgabilanz messen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums, Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Bayern und Bundesjustizminister

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Eine Lobby legte sich selbst aufs Kreuz

Wie der DIHT auf ein Stückchen mehr Gerechtigkeit im Kündigungsschutz reagierte

Von Norbert Gansel MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 3 / 43 Zeilen

Verunsicherung und Hetze um jeden Preis

Wie ein Springer-Blatt den Ost-West-Handel als Agitationsfeld mißbraucht

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 und 4a / 61 Zeilen

Ein Marketein in der Gesundheitspolitik

Zum 50. Jahrestag der ersten "Reichsgesundheitswoche"

Seite 5 und 6 / 86 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Kündigungsschutz und Angebot an Ausbildungsplätzen...

Seite 7 / 36 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 405
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 38
Telex: 05 85 949 - 49 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Leistungen für die Bundesrepublik

Der Bürger kann die SPD an ihrer Erfolgsbilanz messen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums, Vorsitzender
des SPD-Landesverbandes Bayern und Bundesjustizminister

Bis zur Bundestagswahl 1976 am 3. Oktober muß noch deutlicher werden, daß die SPD die Partei ist, die zu diesem Staat Bundesrepublik steht, die ihn trägt, ihn verteidigt und zum Wohl seiner Bürger regiert und weiter regieren wird.

Auf diesen Anspruch kann sich die SPD auch durch ihre 113jährige Geschichte berufen. Von der ersten Stunde an hat sie sich für die Rechte und Interessen des einzelnen eingesetzt; sie hat dafür gekämpft und gelitten, vieles geopfert und Erfolge erstritten. Heute kann die SPD auf die große Leistungsfähigkeit und unübertroffene Stabilität unseres Landes verweisen, die sie durch intensive Anstrengungen gemeinsam mit dem Koalitionspartner und den Sozialpartnern seit 1959 als führende Regierungspartei vollbracht hat. Beides wird weltweit anerkannt.

Die Leistungen erstrecken sich gleichermaßen auf die Außen- und Innenpolitik, auf die Deutschland- und Ostpolitik, auf eine konsequente Verteidigungs- und Bündnispolitik, auf eine vorausschauende Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie auf eine erfolgreiche Justiz- und Kulturpolitik. Alles in allem: Es gibt keinen Bereich in der von der SPD übernommenen Gesamtverantwortung, dem die Sozialdemokraten nicht voll gerecht geworden wären. Die SPD hat ihre Aufgabe erfüllt. Mit den weltweiten wirtschaftlichen Problemen sind wir besser fertig geworden als alle anderen. Vergleicht man die Situation bei uns und bei den anderen, dann ist das die simple Wahrheit: Hunderte von Millionen Menschen in Ost- und Westeuropa wären glücklich, wenn sie auch nur einige Monate unter den materiellen Bedingungen und mit dem Maß an persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit leben könnten, das wir für ganz selbstverständlich halten.

Die SPD wird in den kommenden Wochen und Monaten alles tun, um ihre Leistungen und ihre Leistungsfähigkeit jedem Bürger unseres Landes zu verdeutlichen. Damit wird die SPD zwei selbstgestellte Aufgaben erfüllen: Zum

einen wird sie einen umfassenden Leistungsbericht vorlegen, zum anderen die Krisenredner von rechtsaußen wie linksaußen mit unwiderlegbaren Fakten konfrontieren und sie dadurch vor jedermann als unglaubwürdig hinstellen. Die Konservativen unter Strauß, Carstens und Filbinger finden sich in ihrer Krisenrederei und Krisenherbeirederei in Übereinstimmung mit jenen Gruppierungen, die sich fälschlicherweise als "Linke" bezeichnen und unentwegt von Ausbeutung, Verelendung und Polizeistaat-Methoden fesseln. Sie bilden eine Aktionseinheit der Panikmacherei, in die sie von den Staatsfinanzen bis zur Inneren Sicherheit alles einbeziehen möchten.

Die Leistungsbilanz der SPD wird den Panikmachern keinen Raum zur Fortsetzung ihrer Agitationen lassen: Gegen das außerordentlich hohe Maß an wirtschaftlicher Stabilität, sozialer Sicherheit und persönlicher Freiheit in der Bundesrepublik kann kein Schlagwort Erfolg haben. Unbestreitbar ist doch: Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soviel Wohlstand, soviel persönliche Freiheit und soziale Sicherheit waren noch nie zuvor erreicht in der deutschen Geschichte.

Die Leistungsbilanz wird natürlich nicht verschweigen, daß es trotzdem noch vieles zu bewältigen, zu verändern und zu verbessern gilt. Die SPD wird deshalb das Erreichte nicht nur sichern, sondern auch nach dem 3. Oktober alles tun, um es weiter auszubauen. Wer bewahren will, muß fortentwickeln - unter dieser Maxime wird die SPD in den nächsten Jahren ihrer Regierungsarbeit die notwendigen Reformen von Gesellschaft und Staat Schritt um Schritt fortsetzen. Voraussetzung hierfür ist, daß die SPD auch weiterhin die Regierungsverantwortung trägt.

Die SPD ist eine Kampfgemeinschaft für die Interessen der Mehrheit, nicht jedoch ein Verein zur Interessenwahrung der wenigen oder zur Reinhaltung einer Lehre. Nicht der perfekte Theorienentwurf ist entscheidend, sondern die konkrete Verbesserung des Bestehenden und die Bewahrung des Erreichten. Dafür ist unsere Partei angetreten. Und das verlangt unsere Gemeinschaft zu Recht von der SPD.

(-/28.4.1976/va/pr)

+ + +

Eine Lobby legte sich selbst aufs Kreuz

Wie der DIHT auf ein Stückchen mehr Gerechtigkeit im Kündigungsschutz reagierte

Von Norbert Gansel MdB

Mitglied des Bundestagaausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Der Bundestagaausschuß für Arbeit und Sozialordnung beantragte kürzlich, die Altersgrenze in § 1 des Kündigungsschutzgesetzes ersatzlos zu streichen. Nach dem geltenden Recht kann jugendlichen Arbeitnehmern unter 18 Jahren nämlich ordentlich gekündigt werden, ohne daß hierfür personen-, verhaltens- oder betriebsbedingte Gründe vorliegen müssen. - Die Altersgrenze stammt aus dem Jahre 1951 und wurde seinerzeit mit der heute fast makaber anmutenden Begründung eingeführt, daß es für Jugendliche gut sei, sich einmal betrieblich zu verändern und auf die Wanderschaft zu gehen.

Die Streichung dieser Altersgrenze ist eine Forderung der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung. Sie wird leider keine große praktische Bedeutung haben. Dem Jugendlichen in der Berufsausbildung kann nämlich nach Ablauf der Probezeit (1-3 Monate) überhaupt nicht ordentlich gekündigt werden (§ 15 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz). Die Änderung des Kündigungsschutzgesetzes kommt praktisch nur Jungarbeitern unter 18 Jahren zugute, und auch nur in den seltenen Fällen der personen- und verhaltensbedingten Kündigung; denn bei einer betriebsbedingten Kündigung wird die gesetzlich geforderte soziale Auswahl in der Regel zum Nachteil des jugendlichen Arbeitnehmers gegenüber den älteren Arbeitnehmern ausfallen. Und schließlich wird das Kündigungsschutzgesetz überhaupt erst angewendet, wenn das Arbeitsverhältnis länger als sechs Monate bestanden hat.

Gegen den Schutz jugendlicher Arbeitnehmer vor sozial ungerechtfertigten Kündigungen, gegen den Schutz von Arbeitnehmern, die jünger als 18 Jahre sind und außerhalb eines Ausbildungsverhältnisses schon länger als sechs Monate in einem Betrieb arbeiten, gibt es aber keine vernünftige Einwendung. Der Entwurf, der auf Initiative des Bundesarates beruht, wurde deshalb im Ausschuß auch einmütig verabschiedet. - Die Bundesregierung hatte diesen Schutz schon seit langem im "Arbeitsverhältnissgesetz" vorgesehen, an dem im zuständigen Ministerium noch eine Kommission arbeitet.

Aber es gibt unvernünftige Einwände: Den Ausschußmitgliedern wurde ein Schreiben des Deutschen Industrie- und Handelstages auf den Tisch gelegt, das wert ist, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden. (Siehe Dokumentation in dieser Ausgabe).

Der Bundesrat hatte seine Gesetzesinitiative damit begründet, daß "die Entwicklung und die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt die Annahme rechtfertigen, daß für den hohen Anteil jugendlicher Arbeitsloser der geringere arbeitsrechtliche Schutz dieses Personenkreises mit ursächlich" sei. Daß die CDU/CSU-regierten Länder für die Jugendarbeitslosigkeit nicht konjunkturelle Gründe anführten und auch nicht die Sozialpolitik und die Reform der beruflichen Bildung verantwortlich machten, war an sich schon eine Überraschung. Die Reaktion des DIHT beweist aber, wie richtig der Bundesrat lag, als er den geringen arbeitsrechtlichen Schutz von Jugendlichen, also ihren geringen Schutz vor sozial unverantwortlichen Arbeitgebern, für die Jugendarbeitslosigkeit mitverantwortlich machte. Nichts ist so schlimm, daß es nicht auch gute Seiten hätte. Eine Lobby legte sich selbst aufs Kreuz.

(- /28.4.1976/ve/pr)

Verunsicherung und Hetze um jeden Preis

Wie ein Springer-Blatt den Ost-West-Handel als Agitationafeld mißbraucht

Van Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Wieder einmal hat die Springer-Zeitung "Bild am Sonntag" ihr von Unsicherheit geprägtes und auf Hetze abzielendes Verhältnis zu den Ostblockländern, diesmal auf dem Gebiet des Ost-West-Handels, unter Beweis gestellt mit der Erklärung, das Ost-West-Verhältnis stehe vor einer Zerreißprobe, ein Lieferstopp des Westens drohe, weil der Osten zahlungsunfähig sei, jeden Monat lasse der Ostblock für Waren aus dem Westen bis zu zwei Milliarden Mark anschreiben, die deutschen Sparer hätten schon einmal 1917 mit einem Federstrich ihre gesamten Forderungen gegenüber der UdSSR verloren und für die Sowjet-Union sei Entspannung nur ein anderes Wort für Einkaufen ohne Bezahlung.

Sämtliche "Daten" der Springer-Zeitung sind falsch. Der Osthandel hat gegenwärtig einen Anteil von ca. 6 vH am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland. Die Ausfuhr in die Osthandelsländer hat sich von 1970 - 1975 zwar von 4 auf 7 vH gesteigert, während der Importanteil im gleichen Zeitraum nur von 3,7 vH auf 4,3 vH gestiegen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die von der Sowjet-Union in die Bundesrepublik gelieferten Güter zu 80 vH auf Rohstoff- und Halbwaren, hier vorwiegend auf Erdöl, Erdgas und Erdölprodukte entfallen, Erzeugnisse, denen im Jahre 1975 nur eine schwache Nachfrage in der Bundesrepublik gegenüberstand.

Nicht die Bundesrepublik, sondern die westdeutschen Firmen, hier vor allem die Großunternehmen, betreiben die Geschäfte mit der Sowjet-Union und haben von der Steigerung der sowjetischen Importe profitiert. Westdeutsche Großunternehmen haben jahrelang um das Recht, Niederlassungen in der Sowjet-Union zu gründen, nachgesucht. Mittlerweile haben 22 Großunternehmen ständige Firmenvertretungen in der Sowjet-Union.

Sowohl für diese Unternehmen als auch für die in diesem Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer dürfte der Handel mit der Sowjet-Union stabilisierende Erfolge und damit auch Erlösverbesserungen gebracht haben. Erinnerung

bei z. B. daran, daß die Firma Klöckner-Humboldt-Deutz AG dank eines Großauftrages der Sowjet-Union ohne Kurzarbeit über das Krisenjahr 1974/75 hinweggekommen ist. Während der Export in die Sowjet-Union 1975 um mehr als zwei Milliarden DM gesteigert werden konnte, gingen die Lieferungen in die übrige Welt von 1974 auf 1975 um ca. sieben Milliarden DM zurück. Insgesamt entwickelte sich die Ausfuhr in die Sowjet-Union von 1970 mit 1,547 Milliarden, über 1971 mit 1,606 Milliarden, 1972 2,295 Milliarden, 1973 3,114 Milliarden, 1974 4,774 Milliarden auf 6,947 Milliarden DM im Jahre 1975, während die Einfuhr aus der Sowjet-Union in die Bundesrepublik im gleichen Zeitraum von 1,254 Milliarden im Jahre 1970 auf 3,241 Milliarden DM im Jahre 1975 stieg.

Daraus ergibt sich gleichzeitig, daß die starke Aufwärtsentwicklung des Osthandels von 1974 auf 1975 im Jahre 1975 in eine konsolidierende Phase eingetreten ist. Die großen Zuwachsraten der Jahre vorher mit Steigerungen von nahezu 40 vH von 1973 auf 1974 haben sich abgeschwächt. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern, die der UdSSR Staatskredite gewährt haben, hat die Bundesrepublik solche Vorteile der deutschen Exportwirtschaft nicht gewährt. Es hat sich umgekehrt gezeigt, daß die Exportwirtschaft auch ohne derartige staatliche Unterstützungen den Export mit der Sowjet-Union allein gestalten kann und damit die Exportwirtschaft in der Bundesrepublik im gesamten unabhängiger macht.

Nur bleibt festzustellen: Ohne die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition und die seitdem eröffneten vielfachen politischen Gespräche zwischen den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt mit den Führern der Sowjet-Union wäre auch der Markt für deutsche Waren in die Sowjet-Union weitestgehend versperrt geblieben. Die Öffnung dieser Märkte war Aufgabe der politischen Führung seit 1969. Die Ausfüllung dieser Märkte ist der westdeutschen Industrie überlassen.

Für die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Auslastung westdeutscher Firmen hat der Handel mit der Sowjet-Union Vorteile gebracht. Die Springer-Zeitung setzt also mit ihren Verdrehungen nur die Agitation der Opposition fort und will gleichzeitig den westdeutschen Sparer wieder einmal verunsichern. Dies ist jedoch ein untauglicher Versuch. (-/28.4.1976/ve/pr)

Ein Markstein in der Gesundheitspolitik

Zum 50. Jahrestag der ersten "Reichsgesundheitswoche"

Der Stellenwert der gesundheitspolitischen Debatte ist in den letzten Jahren in die Liste der politischen Prioritäten aufgerückt. Damit werden Bestrebungen aufgegriffen, die bereits vor mehreren Jahrzehnten - besonders von der Sozialdemokratie - propagiert worden sind. Ein aktuelles Jubiläum, der fünfzigste Jahrestag der Reichsgesundheitswoche im Jahre 1926, gibt Anlass für einige rückblickende Betrachtungen.

Der Initiator dieser großen volksaufklärenden Aktion war der Gesundheitspolitiker und Arzt Dr. Julius Moses (1868 - 1942). Moses wirkte schon seit 1893 als praktischer Arzt in Berlin-Nord und kam so mit dem sozialen Elend der Arbeiterschaft in Berührung. Er wurde politisch aktiv und gelangte über den "freisinnigen Arbeiterverein" zur Sozialdemokratie. Schon vor dem Ersten Weltkrieg befaßte sich Moses mit Fragen der Volksbelehrung auf dem Gebiet der Hygiene.

In der Weimarer Zeit gehörte er zuerst dem Vorstand der USPD und nach 1922 dem Vorstand der SPD an und diente als deren gesundheitspolitischer Sprecher in der Zeit von 1920 - 1932 im Reichstag. In dieser Zeit wurde Moses zu einem Vorkämpfer für die Reform des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches. Er betonte das Recht der proletarischen Frauen auf Abtreibung bei ungewollter Schwangerschaft aus sozialen Gründen. War Moses auf dem Gebiet der Volksaufklärung seinerzeit führend - der Erfolg bei der Abschaffung des Paragraphen 218 blieb ihm und seinen Mitarbeitern bis heute verwehrt.

Moses spielte auch eine wichtige Rolle in der Krankenkassen-Bewegung und wirkte als Vorsitzender des Berliner Kassenärzte-Vereins. Mitte 1924 wurde er zusätzlich der Herausgeber seines Organs "Der Kassenarzt". Der Berliner Kassenärzte-Verein gehörte damals dem Hauptverband Deutscher Krankenkassen an, der eine radikale soziale Linie vertrat. "Der Kassenarzt" wurde verständlicherweise zu einem Kampforgan zur Verbesserung der Gesundheitslage der Arbeiterschaft, und die Fragen der hygienischen Volksbelehrung erhielten von Anfang an ständige Aufmerksamkeit.

Am Ende des Jahres 1924 hat sich Moses zum ersten Mal mit dem Gedanken einer Reichsgesundheitswoche befaßt. Offensichtlich ist es Moses gelungen, den "Hauptverband" für seine Idee zu interessieren, denn am 3. 1. 1925 erschien in "Der Kassenarzt" die folgende Meldung: "Der Hauptverband Deutscher Krankenkassen" ist zur Zeit mit der Organisation einer Reichsgesundheitswoche beschäftigt. Der Hauptverband wird sich zu diesem Zwecke in den nächsten Tagen mit den großen Krankenkassen ins Einvernehmen setzen ... mit den Arbeiterparteien und Gewerkschaften, den Ärzten und Gesellschaften für öffentliche Gesundheitspflege ..., um in Gemeinschaft mit allen diesen Institutionen für Ende März dieses Jahres eine solche Reichsgesundheitswoche zu inszenieren. In dieser Woche sollen in ganz Deutschland, bis in das kleinste Dorf hinein, Vorträge veranstaltet werden, unter Hinzun-

ziehung von Ausstellungen, Filmvorführungen, Sport-, Spiel- und Turnveranstaltungen, die alle der Verbreitung der hygienischen Volksaufklärung dienen".

Diese erste Konzeption von Moses und seinen Kollegen im Hauptverband enthielt alle wichtigen Elemente, die später tatsächlich in die erste Reichsgesundheitswoche einfließen: Ein ganz Deutschland umfassendes Ereignis unter Mitwirkung einer Vielfalt von Gesundheitsorganisationen und unter Einsetzung verschiedener propagandistischer Mittel. Es dauerte aber einige Zeit und verlangte viele Bemühungen bis es dazu kam, und zwar mehr als ein Jahr später als der ursprüngliche Entwurf Moses' vorsah.

Die Krankenkassen bildeten nach einigen Schwierigkeiten eine Arbeitsgemeinschaft zur Organisation der Reichsgesundheitswoche (RGW), sah aber bald ein, daß sie nicht imstande war, diese Arbeit allein zu leisten, weil eine ihrer Voraussetzungen die Mitarbeit der Ärzteschaft war. Bei den schon damals bestehenden Spannungen zwischen Krankenkassen und Ärzteschaft war eine Kooperation schwierig. Deshalb wandte sich die Arbeitsgemeinschaft an das Reichsministerium des Inneren mit der Bitte, als neutrale Stelle die Leitung des Unternehmens zu übernehmen. Der Leiter der medizinischen Abteilung des Reichsministeriums, Dr. Hammel und andere Persönlichkeiten, wie Dr. Bumm, als Leiter des Reichsgesundheitsamtes, konnten den didaktischen Wert der Reichsgesundheitswoche kaum leugnen. Obwohl den Ideen von Moses sonst nicht freundlich zugeneigt, stimmten sie diesmal zu. Man darf vermuten, daß hier unterschiedlich Motive zugrunde liegen. Während es Moses und dem Hauptverband um die Aufklärung der Arbeiterschaft ging, wird bei Bumm sicherlich eine Rolle gespielt haben, daß er sich vor seinem unmittelbar bevorstehenden Ruhestand mit dieser Reichsgesundheitswoche noch einen günstigen Abgang schaffen wollte.

Moses bemühte sich inzwischen mit Erfolg im Reichstag um eine Finanzierung der RGW. In einem Hearing der bedeutendsten Vertreter der Volksgesundheit wurde beschlossen, die Durchführung der RGW in die Hände des Reichsausschusses für Hygienische Volksbelehrung zu legen. Diese nach dem Kriege gegründete Dachorganisation vereinigte die meisten Spitzenverbände und Behörden, die sich der gesundheitlichen Bildung der Bevölkerung auf wissenschaftlicher Grundlage widmeten.

Es war von vornherein klar, daß die meiste Arbeit auf lokaler Ebene geleistet werden müßte. Moses griff mehrmals - so über den Badischen Innenminister Remmele - ein, um diese Arbeit tatsächlich zu sichern.

Es kam schließlich dazu, daß die Reichsgesundheitswoche vom 18. - 25. April 1926 in über 3000 deutschen Städten und Ortschaften stattfand. In einem Artikel betonte Moses die Bedeutung des Ereignisses für die Arbeiterschaft, und verlangte im "Kassenarzt" am 24. April 1926 wörtlich: "Alle Probleme unserer sozial-politischen Tätigkeit unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, wie sich die Dinge auswirken können und auswirken müssen in physischer und psychischer Beziehung auf die Massen der Arbeiterschaft und den Menschen als solchen".

Zweifelloos eine Forderung, die heute so aktuell ist wie vor 50 Jahren.

Daniel Nadav
(-/28.4.1976/ve/pr)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Kündigungsschutz und Angebot an Ausbildungsplätzen ...

"Betr.: Änderung des Kündigungsschutzgesetzes

Sehr geehrter Herr Professor Schellenberg!

Der dem Bundestagsausschuß vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kündigungsschutzgesetzes sieht vor, die bisher gültige Altersgrenze in § 1 KSchG zu streichen, so daß alle jugendlichen Arbeitnehmer in den Geltungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes einbezogen werden.

Wir befürchten, daß eine derartige Änderung sich nachteilig auf das Angebot an Ausbildungsstellen auswirken wird. Selbst wenn Auszubildende nicht unmittelbar von dieser Regelung betroffen werden, weil das befristete Ausbildungsverhältnis davon nicht erfaßt wird, sind Rückwirkungen auf die Bereitschaft zur Ausbildung nicht auszuschließen. Im Zusammenhang mit anderen gesetzlichen Bestimmungen, z. B. dem Jugendarbeitsschutzgesetz und dem Schwerbehindertengesetz sehen wir das vorrangige Ziel der nächsten Jahre, möglichst allen Jugendlichen eine Ausbildung zu sichern, als gefährdet an. Sollte die Änderung des Kündigungsschutzgesetzes tatsächlich in Kürze verabschiedet werden, muß - darauf deuten Berichte aus den Industrie- und Handelskammern hin - damit gerechnet werden, daß die Betriebe bei der Festlegung ihrer Einstellungsquote für Auszubildende sich nach der Untergrenze des voraussichtlichen Bedarfs richten. Die Flexibilität der betrieblichen Personalplanung wird erheblich eingeschränkt, da die Zahl der Auszubildenden und der beschäftigten Jugendlichen in einem engen Zusammenhang steht.

Damit steht unseres Erachtens die Änderung dieses Gesetzes in einem deutlichen Widerspruch zu den von der Bundesregierung und auch verschiedenen Landesregierungen eingeleiteten Sonderprogrammen, mit denen der Abschluß zusätzlicher Ausbildungsverträge finanziell gefördert werden soll.

Wir bitten deshalb, diese Konsequenzen bei der Beratung der Vorschläge zur Änderung des Kündigungsschutzgesetzes mit in die Überlegungen einzubeziehen und auf eine Verabschiedung im gegenwärtigen Zeitpunkt ggfs. zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG

i. A. gez. (Raddatz)

PS: Kopie dieses Schreibens haben wir unmittelbar den Obläten der Fraktionen zugestellt." (=/28.4.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller